



MALTE RIETH

Was die Schulschließungen Deutschland langfristig kosten werden

Malte Rieth ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilungen Makroökonomie und Konjunkturpolitik. Der Kommentar gibt die Meinung des Autors wieder.

Das beste Konjunktur- und Wachstumsprogramm ist die schnellstmögliche Öffnung der Kindergärten und Schulen. Laut einer Studie des DIW Berlin sind aktuell rund vier Millionen Familien mit Kindern unter zwölf Jahren, in denen beide Elternteile oder der alleinerziehende Elternteil erwerbstätig sind, von den weitgehenden Schließungen der Betreuungs- und Bildungseinrichtungen während der Corona-Pandemie betroffen. Zwar wurde in vielen Bundesländern die Kitabetreuung in den letzten Wochen etwas ausgebaut und der Präsenzunterricht in den Schulen teilweise wieder aufgenommen, allerdings ist das Bildungssystem von einem Regelbetrieb noch weit entfernt. Auch über den Schulbetrieb nach den Sommerferien herrscht weitgehend Unklarheit.

Die volkswirtschaftlichen Kosten des Kita- und Schulausfalls sind enorm. Kurzfristig dämpft er die Konjunktur erheblich, da Eltern vom Arbeiten in ihren zumeist produktiveren Beschäftigungsverhältnissen abgehalten werden. Die langfristigen Kosten dürften aber noch viel höher ausfallen. Bildung bestimmt das langfristige Wachstum essentiell. Zum einen erhöht sie das Humankapital und die Produktivität der Beschäftigten. Zweitens verbessert sie die Innovationsfähigkeit der Wirtschaft. Drittens erleichtert sie die Verbreitung von Wissen, das zum Verständnis von neuen Informationen und deren Verarbeitung in neue Technologien erforderlich ist.

Es verwundert daher nicht, dass der mikroökonomischen Forschung zufolge ein Jahr zusätzliche Schulbildung mit etwa fünf bis zehn Prozent mehr individuellem Einkommen über die gesamte Erwerbsdauer einhergeht – je nach Studie, Stichprobe und Land. Die makroökonomische Forschung, die typischerweise den Zusammenhang zwischen Bildung und gesamtwirtschaftlichem Wachstum untersucht, schätzt, dass jedes zusätzliche Schuljahr im Durchschnitt der Bevölkerung zwischen einem und über zehn Prozent zusätzliches jährliches Wachstum bringt.

Der coronabedingte Schulausfall wird sich bis zum Sommer auf mindestens ein Drittel des Schuljahrs belaufen haben und

betrifft im Durchschnitt etwa ein Viertel der in den nächsten 30 Jahren Beschäftigten. Nimmt man nun sehr konservativ an, dass der Effekt von einem Jahr Schulbildung auf das Wachstum lediglich ein Prozent beträgt, ergibt sich bereits ein durchschnittlicher jährlicher Wachstumsverlust von rund einem Zehntel Prozentpunkt über die nächsten 30 Jahre. Dies mag zunächst nicht viel erscheinen. Allerdings lag das durchschnittliche reale Wachstum in Deutschland in den vergangenen 20 Jahren bei lediglich 1,2 Prozent. Selbst ohne coronabedingtem Schulausfall bedarf es erheblicher Investitionen in Infrastruktur und Bildung, um dieses Wachstum zu halten, da demografisch bedingt das Erwerbspersonenpotential langfristig sinken wird.

Das Ausmaß des Wohlstandsverlusts, der mit den Schulschließungen einhergeht, wird noch klarer, wenn man den Gegenwartswert der dauerhaften Einbußen berechnet. Bei einem Bruttoinlandsprodukt in Deutschland von 3,4 Billionen Euro im Jahr 2019 und einem Zinssatz von null Prozent, wie er aktuell für 30-jährige Bundesanleihen gilt, beträgt der diskontierte kumulierte Verlust allein der bereits erfolgten Schulschließungen rund 110 Milliarden Euro.

Sollte der Schulausfall nach den Sommerferien weitergehen, kommen für jedes weitere Quartal Bildungsverlust rund 80 Milliarden Euro hinzu. Würde man zudem den makroökonomischen Zusammenhang zwischen Bildung und Wachstum weniger konservativ ansetzen, kommt man schnell auf gesamtwirtschaftliche Kosten des Schulausfalls in einer Größenordnung, die den aktuellen finanzpolitischen Ausgaben von Bund und Ländern zur Abfederung der wirtschaftlichen Konsequenzen der Pandemie entspricht.

Eine schnellstmögliche Öffnung der Kitas und Schulen dürfte nicht nur kurzfristig positive Konjunkturreffekte haben, sondern auch langfristig das Wachstumspotenzial der deutschen Volkswirtschaft stabilisieren. Die Beispiele Norwegen und Dänemark, wo die Kita- und Schulöffnung früher und prioritär erfolgten, deuten zudem darauf hin, dass das Infektionsgeschehen durch die Rückkehr der Kinder kaum beeinflusst wurde.

IMPRESSUM



DIW Berlin — Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e.V.

Mohrenstraße 58, 10117 Berlin

www.diw.de

Telefon: +49 30 897 89-0 Fax: -200

87. Jahrgang 4. Juni 2020

Herausgeberinnen und Herausgeber

Prof. Dr. Pio Baake; Prof. Dr. Tomaso Duso; Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.;
Prof. Dr. Peter Haan; Prof. Dr. Claudia Kemfert; Prof. Dr. Alexander S. Kritikos;
Prof. Dr. Alexander Kriwoluzky; Prof. Dr. Stefan Liebig; Prof. Dr. Lukas Menkhoff;
Dr. Claus Michelsen; Prof. Karsten Neuhoff, Ph.D.; Prof. Dr. Carsten Schröder;
Prof. Dr. C. Katharina Spieß; Dr. Katharina Wrohlich

Chefredaktion

Dr. Gritje Hartmann; Dr. Wolf-Peter Schill

Lektorat

Dr. Hella Engerer

Redaktion

Dr. Franziska Bremus; Rebecca Buhner; Claudia Cohnen-Beck;
Dr. Anna Hammerschmid; Petra Jasper; Sebastian Kollmann; Bastian Tittor;
Sandra Tubik; Dr. Alexander Zerrahn

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice, Postfach 74, 77649 Offenburg

leserservice@diw.de

Telefon: +49 1806 14 00 50 25 (20 Cent pro Anruf)

Gestaltung

Roman Wilhelm, DIW Berlin

Umschlagmotiv

© imageBROKER / Steffen Diemer

Satz

Satz-Rechen-Zentrum Hartmann + Heenemann GmbH & Co. KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

ISSN 0012-1304; ISSN 1860-8787 (online)

Nachdruck und sonstige Verbreitung – auch auszugsweise – nur mit
Quellenangabe und unter Zusendung eines Belegexemplars an den
Kundenservice des DIW Berlin zulässig (kundenservice@diw.de).

Abonnieren Sie auch unseren DIW- und/oder Wochenbericht-Newsletter
unter www.diw.de/newsletter